

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1924

90 (18.3.1924) Abendausgabe

Karlsruher Tagblatt

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift „Die Pyramide“

Bezugpreis: halbjährlich 1.30 Goldmark frei Haus. In unserer Geschäftsstelle oder in unseren Agenturen abgeholt 1.20 Goldmark. Einzelverkaufspreis: Werktag 10 Goldpfennig, Sonntag 15 Goldpfennig. Durch die Post bezogen monatlich 2.60 Goldmark einschließlich Postgebühren. Im Falle höherer Gewalt hat der Besteller keine Ansprüche bei verspäteter oder Nichterscheinen der Zeitung. Abbestellungen werden nur bis 25. auf den folgenden Monatsletzten angenommen.

Chefredakt. G. v. Laer. Verantwortl. f. Politik: Fritz Ehrhardt für den wirtschaftl., badischen u. lokalen Teil: Heinrich Gerhardt für Feuilleton: G. Weid; für „Pyramide“: Karl Joch; für Inserate: G. Schrieber, Kämml. in Karlsruhe. Druck u. Verlag G. F. Müller, Karlsruhe, Ritterstr. 1. Berliner Redaktion: Dr. Rich. Jäger, Berlin-Lankwitz, Mozartstr. 37. Telefon: Zentrum 423. Für unvollständige Manuskripte oder Drucksachen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Sprechstunde der Redaktion: 11-12 Uhr.

Unterhaltungsbeilage / Der Lesekreis / Literaturbeilage / Technik / Für die Frauen / Wandern u. Reisen / Turn- u. Sportzeitung / Ratgeber für Landwirtschaft u. Tierzucht

Baden und der Geist von 1813.

Das führende französische Blatt der „Tempt“ sieht sich dieser Tage von seinem Sonderberichterstatter in Deutschland einen Artikel schreiben unter der Überschrift „Der Geist von 1813“. Dieser Artikel gehört zu jenen, die dazu bestimmt sind, den Glauben an einen deutschen Revanchekrieg in Frankreich und in der Welt zu verbreiten und so der französischen Gewalt- und Militärpolitik einen Schein von Berechtigung zu geben. Der Hauptzweck dieses Artikels ist deutlich aus folgendem Satz zu erkennen:

„Frankreichs Sicherheit hängt vor allem ab von seiner Machtstellung am Rhein, von der Einigkeit der Befehlshaber und von seinen militärischen Mitteln.“

Mit anderen Worten heißt das, Frankreich ist es vor allem darum zu tun, auf unbegrenzte Weise seine Truppen am Rhein stehen zu lassen. Der Berichterstatter erzählt den Lesern des „Tempt“ Schauererzählungen von deutschen Kriegsvorbereitungen; die Stärke der Reichswehr sei durch die Einrichtung der Schupo verdoppelt, auch in der neutralen 50-Kilometer-Zone sei nicht alles in Ordnung, und trotz der Diktatorien, die man den französischen Kontrollkommissionen in den Weg lege, könnten sie feststellen, daß Deutschland sich mit größtem Eifer auf den nächsten Krieg vorbereite. Kriegsmaterial aller Art würde fabriziert, ein Panzerzug sei wenige Kilometer vom Rhein entfernt ausgerüstet worden, Geschütze seien eingemauert in Kellern, für Schussmasen sei genügend gesorgt, von der Reichswehr, von der Schupo und von den Freikorps würden Freiwillige ausgebildet werden, die nach ihrer Entlassung Waffen und Uniform mit heim nehmen.

Nach Aufzählung dieser interessanten Entdeckungen kommt der Berichterstatter des „Tempt“ zu den besonderen Verhältnissen in Baden zu sprechen. Seit dem 1. März 1924 ist die Reichswehr, die das Hauptquartier der Nationalisten, die gegen die Pfälzer Separatisten operieren. Diese Unterführer sind ein ganz gefährlicher Ausgangspunkt für die französischen Propaganda und sei Ausgangspunkt für die Wälder und Brandstifter, die nach dem besten Gebiet gehen. Nun heißt es wörtlich weiter:

„Die badische Regierung, deren Art ziemlich gemäßig ist, und die nicht gewillt ist, die zerfallenen Eide zu zahlen, ist in der letzten Zeit förmlich benannt worden durch die nationalitären Agitatoren, die vom Reichsminister des Innern Dr. Jarres unterstützt werden. Von Berlin aus hat man unter Benützung der antilestlichen Strömungen das Gerücht verbreitet, daß der Präsident des badischen Staates und seine Minister als Katholiken die Religion in sich hätten, den Plan einer Rheinlandrepublik zu begünstigen, und daß ihre Erklärung in Schweizer Blättern, sie würden lieber als Brücke zwischen Deutschland und Frankreich denn als Wächter dienen, Hintergedanken bezüglich der Rheinischen Republik verbergen. Mit einem Wort, die Nationalisten von Heidelberg terrorisieren die Regierung von Karlsruhe und machen in Heidelberg mit Hilfe der rheinischen Vereinigungen, was ihnen beliebt. Sie verfolgen die schlechten Patrioten und nehmen mit Hilfe der ihnen ergebenden Polizei die Pfälzer und Rheinländer fest, von denen das Gerücht geht, daß sie mit den Separatisten sympathisieren. Die Heidelberger Studentenchaft werde im Mobilisierungszustand zu ihren Corps stehen. Schon jetzt sind bei ihnen durch mehrfarbige Bänder die Gradunterstände gekennzeichnet. Ein heftiger Zeitungsfeldzug und öffentliche Versammlungen drängen die badische Regierung, den Abzug der französischen Truppen aus den Pfälzen, Oberrhein und Appenweier zu fordern, die zu gleicher Zeit wie das Ruhrgebiet besetzt worden sind. Der berühmte Oberleutnant der sich in den blutigen Tagen (seht offenbar von Pyramiden, D. Red.) hervor getan hat, predigt seinen Leuten täglich, man müsse den demokratisierten Feind aus den drei Pfälzen Oberrhein, Appenweier und Neßl herauswerfen, wenn man diese Plätze in der Hand habe, dann sei auch für Straßburg die Stunde der Befreiung gekommen. Fort mit den Franzosen, schreit sie laut! „Diese Worte veröffentlicht der „Tempt“ in deutscher Sprache, und sind die Worte, die in den Räumen der Universität von Heidelberg und in den Heidelberger Wirtschaften widerhallen.“

Wenn man französische Zeitungen täglich liest, kommt man über die Menge von Unsinns, die dem französischen Leser täglich über Deutschland berichtet wird. Die Masse ist politisch nicht so kritisch, wie in der französischen Revue. Die Berichte des „Tempt“ über Baden zeigen gerade uns hier in Baden, wo wir die Möglichkeit zur Nachprüfung haben, die ganze Zukunft der französischen Presse. Wir wissen

z. B. daß von den badischen Ministern nur zwei katholisch sind, wir wissen auch, daß der badische Staatspräsident keine Gelegenheit verläßt, um die Treue Badens zum Reich zu betonen. Der Unsinns über die Heidelberger Studentenverbindungen, den der „Tempt“ berichtet, läßt Schlüsse zu auf das Maß von Phantasie, das in dem Bericht über die „fürchterlichen“ deutschen Mordtaten steckt.

Aber nun zu einem andern Punkt. Wenn der „Tempt“ von gemäßigter Auffassung der badischen Regierung spricht, so möchte er damit ohne Zweifel einen Gegensatz zwischen uns und zwischen der Auffassung in Berlin formulieren. Wir in Baden haben keinen Grund, ein Geheimnis aus der Tatsache zu machen, daß das badische Volk über einen fünfjährigen Krieg mit Frankreich anders denkt, als manche Gebiete Deutschlands, die geographisch anders liegen. Denn wir wissen, welches Schicksal ein neuer Zusammenstoß zwischen den beiden Nationen am Rhein haben wird. Niemand wünscht aufrichtiger eine Verständigung und eine friedliche Zukunft, als wir hier am Rhein. Aber diese Auffassung ist himmelweit entfernt von der Auffassung, daß die französische Rhein-

landpolitik das geeignete Mittel sei, um eine friedliche Zukunft für den Rhein und seine Bewohner zu sichern. Im Gegenteil. Gerade die französische Rheinlandpolitik macht uns hier in Baden die allergrößte Sorge. Denn wir hier in Baden, wir wissen, daß unsere nächsten Nachbarn auf den andern Ufern des Rheines deutsch sind und deutsch bleiben wollen, und wir wissen und fassen, daß es niemand gelingen wird unsere Nachbarn auf dem linken Ufer ihrem deutschen Wesen zu entfremden, wir wissen, daß, wenn brutale Gewalt vorübergehend einen Zustand der Trennung schaffen sollte, aus diesem Zustand ein neuer furchtbarer Krieg entkehen wird. Hier im Westen steht deutsche Art und deutsche Kultur westlichem Wesen und westlichem Sinn in voller Stärke gegenüber. Es gibt keine Vermischung und es gibt kein Mittel, um das eine dem anderen dienstbar zu machen. Das wissen wir hier in Baden sehr wohl, darum sehen wir in der franz. Rheinlandpolitik die allergrößte Gefahr für die friedliche Zukunft und wir bekämpfen sie nicht nur als Deutsche, sondern auch als aufrichtige Freunde des Friedens.

Der „Tempt“ kommt auch auf die Besetzung von Oberrhein und Appenweier zu sprechen. Er sagt, diese Plätze seien zu gleicher Zeit wie die Ruhr besetzt worden, er verschweigt, daß sie ebenso rechtswidrig besetzt worden sind wie die Ruhr. Es gibt nichts, worauf sich Frankreich stützen könnte, um auch nur einen Schein von Recht für die Besetzung der badischen Plätze, auch für die Besetzung der Hafenanlagen von Karlsruhe und Mannheim anzuführen. Der „Tempt“ hat keinen Grund, sich darüber zu wundern, daß wir hier in Baden, die Klärung dieser Plätze fordern. Wir haben das volle, klare und gute Recht, diese Forderung zu erheben und fühlen es als Pflicht, sie immer zu wiederholen. Die Besetzung dieser Plätze ist ein Gewaltakt, ebenso wie die Besetzung der Ruhr, wie die Besetzung der Pfälzen von Mannheim und Karlsruhe, wie die Besetzung von Düsseldorf und Duisburg und wie die Besetzung zahlreicher anderer Plätze auf dem rechten Rheinufer. Wir in Baden werden nicht aufhören, auf die unglücklichen Orte zu sehen, die unter der Tricolore leben müssen und wir warten opferbereit mit ihnen schlicht auf den Tag der Befreiung.

Vor Beginn der Plädoyers im Hitlerprozeß.

Schluß der Beweisaufnahme.

(Vormittags-Sitzung.)

München, 18. März. Zu Beginn der heutigen Verhandlung des Hitlerprozesses gab der Vorsitzende der Verurteilung und des Angeklagten das Wort zu Erklärungen.

General Ludendorff gab eine Gegenklärung gegenüber Kardinal Faulhaber ab, worin er betont, die Worte des Kardinals bedeuteten für ihn, da sie aus hohem kirchlichem Munde kommen, eine besonders schwere Beschuldigung. Es sei unrichtig, daß er erklärt hätte: „Der Kardinal habe vor dem Plan, Bayern und Oesterreich zusammenzuschließen.“ Nichts dergleichen habe er in seinen Reden ausgesprochen, daß er trotz verächtlicher Bemerkungen der authentische Wortlaut der Rede nicht veröffentlicht worden sei. Nach der New Yorker „Staatszeitung“ habe der Kardinal die Justitia-Verurteilung und den deutschen Einmarsch in Belgien als Verbrechen erklärt. Außerdem erklärt General Ludendorff, er habe anfänglich geglaubt, daß auch der König in jener Nacht einen Einfluß auf Herrn von Kahr ausgeübt habe. Nunmehr erkläre er ausdrücklich, daß er nicht mehr daran glaube.

Der Vorsitzende verlas dann eine Stelle aus dem Nachrichtenblatt des Kampfbundes über die Besprechung vom 28. Oktober, worin die Aufrollung der deutschen Frage von Bayern aus, die Bildung einer deutschen Freiheitsarmee und die Schaffung einer deutschen Regierung in München als Weg zur Rettung und zum Siege dargestellt werden.

Hitler erklärt.

er habe damals betont, es gebe nur drei Möglichkeiten, entweder wieder Kapitulation oder ein Kampf mit fremder Hilfe, oder ein Kampf mit Offensivkraftmitteln. Als sich herausgestellt habe, daß Kahr den Kampf in die Hand nehmen wollte, habe er das als eine Katastrophe erklärt. Er habe sich gesagt, daß von einem solchen Kampf nichts anderes zu erwarten sei, als die Kapitulation. Kahr wäre nicht insande gewesen, diesen Kampf bis zur letzten Konsequenz auszuführen. Deshalb habe er anlässlich seiner Besuche bei General Vossow diesem gesagt: „Wenn Kahr diesen Kampf führt, kann ich nicht mitmachen. So muß er natürlich verloren geben. Wenn ich mich auf die Seite Kahrs stelle, dann nur, wenn ein durchgreifendes Programm des Kampfes betrieben wird. Ein solches Programm kann nur ich führen. Das Werk, das in vierjähriger mühsamer Arbeit aufgebaut worden ist, gebe ich nicht in die Hand des Herrn von Kahr.“ Die Lage sei eben die gewesen, daß Kahr immer bis eine Minute vor 12 dabei gewesen sei, dann aber habe er die Uhr wieder zurückgeholt. Er habe vom ersten Tage an zu Kahr kein Vertrauen gehabt. Für ihn habe es nur eine einzige Marschlinie gegeben, nämlich die nach Berlin.

Es folgt dann ein längeres

Verhör Ludendorffs.

der auf Befragen erklärt, der Zweck der Deutschen Kampfgemeinschaft sei nicht irgend eine Diktatur, sondern die Zusammenfassung aller derjenigen, die für die Freiheit des Volkes einzutreten bereit sind. Leider sei das ganze Volk noch nicht soweit, daß es in diese Kampfgemeinschaft aufgenommen werden könnte. Eine völkische Diktatur könnte nur vorübergehend in Frage kommen. Die Monarchie könne nur dann in Frage kommen, wenn das Volk sie wolle. Vor

einer Monarchie werde die völkische Diktatur nach dem freien Willen des Volkes sein. Er mache sich zum Vorwurf, daß er nicht während des Krieges die Diktatur ergriffen habe. Dabei würde nicht ein Funke Gewalt gewesen sein.

Auf die Frage des Vorsitzenden, ob Ludendorff doch noch die Errichtung einer nationalen Reichsdiktatur als sog. Patentlösung, also auch am 8. November an eine derartige Lösung gedacht hätte, antwortet Ludendorff: „Selbstverständlich.“

Im übrigen habe er sich unter demselben moralischen Zwang befunden, wie die andern Herren. Auf die Frage des Vorsitzenden: Es ist doch viel von der Diktatur Hitler-Ludendorff gesprochen worden, erwidert Ludendorff: „Das ist viel mehr von anderen Leuten gesprochen, als von den unsrigen.“ In einem militärischen Marsch nach Berlin habe er persönlich nicht gedacht. Er habe geglaubt, daß die Patentlösung durch politischen Druck erreicht werden könne.

Der Vorsitzende fragt: Sie wußten doch, daß es sich um die Neubildung einer Reichsregierung handelte?

Ludendorff erwidert: Gewiß, aber ich habe Eberl als noch vorhanden geglaubt und war der Ansicht, die Neubildung der Reichsregierung müsse der Zukunft überlassen bleiben.

Der Vorsitzende stellt fest, daß die Aussagen Ludendorffs in gewissem Widerspruch zu seinen früheren seien. Die Regierung sei doch schon im Bürgerbräukeller gebildet worden. Ludendorff erwidert, er habe sich die Diktatur gedacht als Ausfluß des freien Willens des Volkes und sich die Sache weiter so vorgestellt, daß er sich der neuen Regierung zur Verfügung stelle. Diese neue Regierung sei aber für ihn nur ein Abspiegelschilde gewesen, das sich durch Männer aus dem Norden ergänzen sollte, sie sollte dann zusammen mit der bairischen Staatsgewalt und den Vaterländischen Verbänden den Druck auf den Reichspräsidenten ausüben. Er habe also nur Vormaßnahmen und keine endgültige Lösung gemeint.

Der Staatsanwalt betonte weiter, Ludendorff sei nach den Worten Hitlers zum Führer der zu bildenden nationalen Armee mit diktatorischen Vollmachten ernannt worden. Es scheine also so zu sein, daß Hitler Reichsdiktator und Ludendorff Militärdiktator werden sollte. Ludendorff erwiderte, hierüber habe nichts abschließendes festgehalten. Es sollte erst noch mit Vossow und Seißer gesprochen werden. Er habe sich seiner Aufgabe gewissermaßen als Wechsel für die Zukunft vorbehalten in der Weise, daß er das Instrument, zuerst Vossow schaffen sollte, später handhaben würde.

Der Vorsitzende fragt nun Hitler, ob er mit Ludendorff über die Frage, welche diktatorischen Vollmachten er haben sollte, gesprochen habe. Hitler erklärt, daß Anreden der deutschen Frage hätten sich Kahr, Vossow und Seißer auch nicht in dem Sinne vorgetragen, daß nach Berlin marschiert, sondern es sei so gedacht gewesen, daß

an einer Stelle die Auslösung komme

und daß dann alle anderen Kräfte, die in Norddeutschland vorhanden waren, gleichsam wie eine Lawine ins Rollen kommen, und die Herrschaften in Berlin wegschlagen sollte, ohne daß sie noch die Möglichkeit gehabt hätten, einen Nachfolger zu bestimmen. Es sei doch eine moralische Belastung sonderbar, daß heute noch ein Mann, der 1918 an der Spitze der Streikkommission stand, das Reich nach Außen vertritt. Er, Hitler, habe mit Ludendorff nicht im Einzelnen über die diktatorischen Befugnisse ge-

sprochen, weil diese Einzelheiten noch nicht abgegrenzt waren.

General Ludendorff betont, daß es ihm lieber gewesen wäre, wenn Kahr sich für die Neubildung der Reichsregierung zur Verfügung gestellt hätte. Sein Ziel sei gewesen, alle Kräfte zu einigen, um eine möglichst tragbare Grundlage zu schaffen.

Hitler bestätigt, daß Ludendorff im Gegensatz zu seiner eigenen Auffassung die Meinung vertreten habe, daß Kahr bei der Neubildung der Reichsregierung selbst vertreten sein sollte.

Ludendorff erklärt weiter, er habe am 21. Oktober Vossow die Zustimmung lokaler Zusammenarbeit gegeben und am 25. Oktober gesagt, er werde auch versuchen, auf die Nationalsozialisten in diesem Sinne einzuwirken. Andere Zusicherungen seien nicht gegeben worden.

Justizrat Beschwitz zitierte den Brief eines Offiziers, der unmittelbar nach den Vorgängen an der Feldherrnhalle den Eindruck gewonnen hat, daß Ludendorff bei dem ganzen Staatsstreich nicht als führende Persönlichkeit in Frage kam, sondern daß seine Tätigkeit erst mit der Organisation der nationalen Armee beginnen sollte. Diesen Eindruck habe er später auch Kahr und Vossow wiedergegeben, die sich dann seinem Vorschlag entschlossen hätten, Ludendorff in seine Wohnung zu entlassen.

Über die politische Wirkung des Putzsches bemerkte Staatsanwalt Gerhardt, das Gericht sei genügend darüber unterrichtet, daß der Putzsch nicht nur außen, sondern auch innenpolitisch erhebliche Wirkungen zeitigt hätte.

Hitler erwidert darauf: Der Putzsch sollte die ungeheuerlichsten innenpolitischen Wirkungen auslösen. Das international-marxistisch-jüdisch eingestellte Regime habe die ungewöhnlichsten Umwälzungen hervorgerufen, die Deutschland überhaupt seit geschichtlichem Denken erlebt hätte. Wenn das nicht unsere Absicht gewesen wäre, dann hätten wir die Todesstrafe verdient.

Der Vorsitzende erklärt damit,

die Beweisaufnahme für geschlossen.

Major Hummlinger wird nicht mehr vernommen.

In geschlossener Sitzung wurde dann darüber beraten, ob die Plädoyers in öffentlicher oder geschlossener Sitzung behandelt werden sollen.

Um 11 Uhr war die nichtöffentliche Sitzung, ohne daß die Öffentlichkeit wieder herbeigeholt worden wäre, beendet. Es wurde bekannt gegeben, daß die nächste öffentliche Sitzung am Freitag vormittag 10 Uhr stattfindet. In dieser Sitzung wird dann auch der Gerichtsbeschluss bekannt gegeben werden, ob die

Plädoyers in öffentlicher oder geschlossener

Sitzung

gehalten werden sollen.

Ein großer Wohltätigkeitszweck aufgegeben

Graz, 17. März. Die hiesige Polizei hat einen umfassenden Wohltätigkeitszweck aufgegeben, bei dem auch für die deutsche Landesliste bestimmte Gelder unterzuzahlen worden sind. Die Blätter melden, daß das Geschäftsgebahren der Filiale der ersten österreichischen Kunstlergemeinschaft überhand genommen sei, da ihre Sammlungsstätigkeit für die Kinderhilfe in Deutschland Verdacht erregt habe. Die polizeilichen Feststellungen sollen ergeben haben, daß von einer Sammlung von 90 Millionen Kronen nur etwa 8 Millionen Kronen abgeführt worden seien. Der Leiter der Filiale, der Schauspieler Brückmüller und zwei andere Personen wurden verhaftet.

Zur Arbeit der Sachverständigen.

Paris, 18. März. Der Direktor des Solfen-Instituts in Brüssel, Barnico, hat einem amerikanischen Journalisten über die Arbeiten der Sachverständigen unter anderem folgendes mitgeteilt...

Ein Optimist.

Paris, 18. März. Der belgische Delegierte Grandy, der dem Komitee Dawes angehört, erklärte einem Berichterstatter des Petit Parisien, trotz der gegenwärtigen Sorgen glaube er, daß alle Gründe zur Hoffnung gegeben sind...

Frankreich unter dem Druck des Auslandskapitals.

Paris, 18. März. Die „Ere Nouvelle“ veröffentlicht folgende Mitteilung: Es sind Gerüchte von mehr oder minder großer Wahrscheinlichkeit verbreitet worden, wonach die Anleihe von Morgan nicht allein auf der Grundlage von Gold garantiert, sondern auch auf politische Garantien, d. h. auf Räumung des Ruhrgebietes hin abgeschlossen worden sei...

Amerika und die Kriegsschulden.

New York, 18. März. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat es erneut abgelehnt, sich an den internationalen Abmachungen zur Regelung der Kriegsschulden zu beteiligen.

Englische Mahnungen an Frankreich.

London, 16. März. „Sunday Times“ schreibt, Frankreich müßte jetzt klar erkannt haben, daß der Frankentwurf nicht die Wirkung äußerlicher Umtriebe, sondern eine Folge der Haltung Frankreichs sei. Das Ruhrabenteuer, die Anleihen an die Staaten der Kleinen Entente, die Deutschland umgeben, die fortwährenden Klagen und der ganze Geist der europäischen Politik Frankreichs habe ihm das Mißtrauen der Außenwelt eingetragen und seinem inneren Budget eine übermäßige Last auferlegt...

Wie wir das Grab des Tut-ench-Amun fanden.

Von Howard Carter.

Der Originalbericht des Entdeckers des Grabes von Tut-ench-Amun, des britischen Archäologen Howard Carter, der zusammen mit dem Ägypter Lord Carnarvon diesen großartigen Fund der Ägyptologie machte, erscheint in diesen Tagen unter dem Titel „Tut-ench-Amun, Ein ägyptisches Königstomb“ bei H. A. Brodhurst in Leipzig. Der Entdecker erzählt hier, in Zusammenarbeit mit seinem Helfer H. G. Mace, den wahren Verlauf dieses wissenschaftlichen Abenteuers, das wie kein anderes Ereignis die Weltöffentlichkeit beschäftigt hat, seitdem Carter im November 1923 im „Tal der Könige“ die ersten Spuren des Grabes auffand und dann mit dem selbsterfahrenen Lord Carnarvon in das Innere einbrach. Wir geben hier den Bericht über den entscheidenden Moment der Entdeckung wieder.

Die Schriftleitung. Der folgende Tag (26. November) war der Tag der Tage, so wunderbar, wie ich nur jemals einen erlebt habe und wie ich niemals wieder einen erleben kann. Am Morgen wurde das Ausräumen fortgesetzt, geunehmungen langsam wegen der zerbrechlichen Gegenstände, die mit dem Säut vermisch waren.

Dann kamen wir in der Mitte des Nachmittags, zehn Meter von der äußeren Tür entfernt, an eine zweite verriegelte Tür, die eine fast genaue Wiederholung der ersten darstellte. Die Siegelabdrücke waren hier weniger deutlich, aber doch noch als die Tut-ench-Amuns und der Königstententstadt zu erkennen. Auch hier waren die Zeichen von Delfinen und Wiederschließen auf dem Mörtele deutlich sichtbar.

Inzwischen hatte sich bei uns die Überzeugung festgesetzt, daß wir im Begriff waren, ein Versteck zu öffnen und kein Grab. Die Anordnung von Treppe, Gang und Türen erinnerte uns sehr stark an das Versteck Sednats und der Teje das in der Nachbarschaft unserer letzten Ausgrabung von Davis gefunden worden

Der Völkervereinigungsbund.

London, 17. März. Der „Manchester Guardian“ schreibt in seinem Leitartikel zu den Ernennungen des Völkervereinigungsbundes für die Saarkommission, die Verwaltung des Saargebietes sei seit langem das wichtigste Kapitel in der Geschichte des Völkervereinigungsbundes gewesen. Eine Gelegenheit habe sich soeben geboten, den Völkervereinigungsbund von einem Vorwurf zu befreien. Es könne bedauert werden, daß der Völkervereinigungsbund so schlechten Gebrauch davon gemacht habe. Im nächsten Jahre könne viel davon abhängen, ob Deutschland dem Völkervereinigungsbund beitrete. Bisher sei die Zusammensetzung der Saarkommission ein offener Stempel gewesen, den man jahrelang habe fortdauern lassen.

Auch England will nicht den Anfang mit der Abrüstung machen.

London, 18. März. Das Unterhaus hat mit 347 gegen 13 Stimmen den Antrag einer Arbeitermitglieder abgelehnt, der die Verminderung des britischen Heeres von 161 000 auf 100 000 fordert. Die Regierung erklärte, sie wäre zu einer Politik internationaler Abrüstung durch einen freiwilligen Heeresrückzug bereit, aber sie müsse sich einem Antrag widersetzen, der die britische Abrüstung inmitten einer kriegerischen Welt verlange.

Verflechtung deutschen Gutes durch die Reparationskommission.

In dem heute früh unter dieser Überschrift veröffentlichten Bericht vom 17. März, hat die Petersburger Gummi-Gesellschaft: Petersburger Gesellschaft für elektrische Beleuchtung. Die Aktien wurden zu 25 Schweizer Franken das Stück verkauft, während der Kurs an der Züricher Börse auf 50-50 Franken stand.

Verurteilung von Spionen.

Leipzig, 18. März. Vor dem 5. Strafsenat des Reichsgerichts wurde gestern ein Spionageprozess verhandelt, der den Auftakt zu dem am Donnerstag stattfindenden Prozess gegen den Hauptmann D'Armont, den Leiter der französischen Spionagesentrale in Basel, bildet. Zu verantworten hatten sich der schweizerische Staatsangehörige Airovenciens, Biens, der Gefreite Bormann und der Kraftfahrer Adler von den württembergischen Kraftfahrern, sowie die Braut des Gefreiten Bormann, Frieda Schenk. Biens hatte im Auftrag von D'Armont Bormann und Adler veranlaßt, ihm geheim gehaltene Papiere auszuhandeln.

Es wurden verurteilt: Biens zu 11 Jahren Zuchthaus, Bormann zu 13 Jahren Zuchthaus und Ausstoßung aus dem Heere, Adler zu 2 1/2 Jahren Gefängnis und Frieda Schenk zu 2 Jahren Gefängnis. Gegen Biens und Bormann wurden außerdem auf je zehn Jahre Ehrverlust erkannt.

Deutsches Reich

Zum Beamtenabbau.

Berlin, 18. März. Der Reichstagsausschuß zur Überwachung der Durchführung der Personalabbaueinrichtung hat in eingehender Beratung und Prüfung der Personalabbaueinrichtung u. a. folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Den Reichsminister zu ersuchen, raschestens eine Uebersicht vorzulegen, aus der zu ersehen ist, wieviel Beamte nach Gruppen geordnet in die nachgeordneten Stellen versetzt wurden.

2. Das Reichsverkehrsministerium zu ersuchen, die Zustimmungen gegenüber ausgesprochene Kündigungen sofort zurückzunehmen, den abgetretenen und abzubauenden über 60 Jahre alten Kündigungsbeamten, welche aus den Eisenbahnen besserstellen hervorgegangen sind und eine langjährige Gesamtdienstzeit bei der Eisenbahnverwaltung zurückgelegt haben, auch dann ein Ruhegehalt zu gewähren, wenn sie als Beamte noch keine ruhegehaltsberechtigte Dienstzeit von 10 Jahren erfüllt haben. Außerdem sei schnellig eine Uebersicht über den bis zum 31. März 1924 durchzuführenden Abbau vorzulegen.

3. Die Reichsregierung zu ersuchen, mit kurzer Frist das Reichskommissariat für die Kostenverteilung nebst den dazu gehörigen Organisationen, den Eisenbahnwirtschaftsbund, den Metallwirtschaftsbund und sämtliche noch vorhandenen Eisenbahnhandelsstellen zu beseitigen.

4. Der Ausschuß bringt zum Ausdruck, daß der Abbau im Ressort der Verwaltung der Wasserstraßen ungenügend ist. Dieser mangelhafte Abbau kann nicht damit begründet werden, daß der Verwaltung der Wasserstraßen künftig weitere Aufgaben übertragen werden könnten.

Die Erhöhung der Beamtengehälter.

Berlin, 18. März. B.A.B. meldet: Das Reichskabinett hat sich gestern nachmittag mit der Frage befaßt, welche Gehaltserhöhung für die Beamten ohne Gefährdung der Währung ab 1. April möglich ist. Die Beratungen wurden nicht abgeschlossen und auf morgen vormittag vertagt.

E.-L. meldet: Gestern fanden im Reichsfinanzministerium die Verhandlungen mit den Beamtenorganisationen über die Erhöhung der Beamtengehälter statt. Wie vorausgesehen war, führte sie nicht zu dem von der Beamtenenschaft gewünschten Ergebnis. Die Regierung schlug den Organisations eine Erhöhung der Grundgehälter um 10 Prozent, eine Erhöhung der Kinderzulage um 2 Pf., eine Umwandlung des bisherigen Ortsklassenzuschlages in einen Wohnungszuschlag vor. Die Organisations erklärten, die Vorschläge der Regierung vor ihren Mitgliedern nicht verantworten zu können und lehnten sie ab. Die Verhandlungen wurden infolgedessen vorläufig abgebrochen.

Bereinsigung der Staatsverwaltung in Bayern.

München, 18. März. Der bayerische Landtag beschäftigte sich gestern nach der bereits berichteten Abstimmung über die Volksbegehren mit Anträgen betr. die Zusammenlegung von Ministerien und stimmte den Anträgen der Bayer. Volkspartei zu, nach welchen die Regierung beauftragt wird, die Neuorganisation mit den Ministerien und dem in Betracht kommenden Interessentenkreis so vorzubereiten, daß eine entsprechende Vorlage dem neugewählten Landtag unverzüglich zur beschleunigten Erledigung übergeben werden kann. Der Präsident ist sich darauf die Tagung mit einer Ansprache, in der er besonders der Pfalz mit warmen Worten gedachte.

Die Wahlparole der Bayerischen Volkspartei.

München, 17. März. In einem Wahlauftritt der Bayerischen Volkspartei mit der Parole

„Bayern den Bayern“ wird unter anderem gefordert, daß Bayern das Eigentumsrecht an den bayerischen Eisenbahnen an der bayerischen Post und die Polizeiberhörbarkeit wieder erhält, und daß die bayerische Justizoberbehörde in dem Umfang gewahrt werde, wie sie ihr entsprechend der Reichsverfassung von 1871 gegeben worden sei.

Eine Rechtsregierung in Mecklenburg.

Berlin, 18. März. In Schwerin ist gestern der neue mecklenburgische Landtag zusammengetreten. Zum Präsidenten wurde der Deutschnationale Jwon gewählt. Die heutige Tagung des Landtages wird sich mit der Wahl der neuen Ministerien befassen. Es sollen nur noch drei Ministerien bestehen bleiben. Für deren Belegung dürfte den Blättern zufolge in Frage kommen: Für Inneres und Justiz von Brantzenheim, Vorsitzender des mecklenburgischen Landtages (Deutschnational), Landwirtschaft und Finanzen (Deutschnational), A. D. von Derben (Deutschnational), Kultus und Unterricht Stamm (Deutsche Volkspartei).

Die Technische Nothilfe in Hamburg und Dresden eingeleitet.

Hamburg, 18. März. Die Technische Nothilfe setzte heute an acht Stellen im Hamburger und Altonaer Hafen etwa 500 Mann ein. Die Lage auf den Werften ist unverändert.

Dresden, 17. März. Nachdem die Belegschaften auf den staatlichen Elektrizitätswerken und im Braunkohlenwerf Holzseide in dem Konflikt die wegen der verlängerten Arbeitszeit ihnen gestellte Frist zur Verrichtung von Notstandsarbeiten nutzlos verstreichen ließen, wurden die Werke von der Technischen Nothilfe und Schutzpolizei besetzt so daß die Fortführung der lebensnotwendigen Betriebe, wie Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, auch weiterhin gesichert ist.

Verschiedene Meldungen

Die Streiklage in der Anilinfabrik.

Mannheim, 18. März. Im Abteilungsamt des Rosengartens fand gestern eine Versammlung der Arbeiter der Badischen Anilin- und Sodafabrik statt, die von 6000 Personen besucht war. Zunächst wurde über die Streiklage Bericht erstattet, wobei zum Ausdruck kam, daß unbedingt im Streik verharrt werden müsse, bis der Achtundentag sicher gestellt sei. In diesem Sinne sprach sich eine Entschiedenheit für die Weiterführung des Kampfes aus. Die bürgerliche und die sozialdemokratische Presse wird beauftragt, gegen das Verhalten der Polizei nicht Stellung genommen zu haben.

Die Lage in Höchst a. M.

Höchst a. M., 18. März. Heute früh wurde hier ein Flugblatt verbreitet, das in Bezugnahme auf die Ludwigsbäcker Vorgänge nicht nur zum bewaffneten Widerstand gegen die deutsche Polizei, sondern auch gegen das französische Militär auffordert. Die Befehlshaberbehörde hat das Flugblatt beschlagnahmt lassen.

Wiens Hilfe für deutsche Kinder.

Wien, 17. März. Gestern früh kamen auf Einladung der Deutschen Hilfe in Österreich wieder ein Zug mit 600 Kindern aus Berlin und dem Ruhrgebiet an, um in Wien und dem Burgenland untergebracht zu werden.

Die Vertreibung der Prinzen aus der Türkei.

Paris, 16. März. Nach einer Blättermeldung aus Beirut sind dort 50 Prinzen und Prinzessinnen der türkischen Kaiserfamilie eingetroffen, darunter auch die Witwe Abdul-Hamid's.

Erdbeben in Chile.

Paris, 17. März. Nach einer Blättermeldung aus Neuport verläuft aus Santiago de Chile, daß dort in der vergangenen Nacht mehrere Erdbeben verspürt worden seien. Einzelheiten werden nicht angegeben.

war. Das Tut-ench-Amuns Siegel dort ebenfalls vorfanden, schien ein sehr starker Beweis, daß wir mit unserer Vermutung recht hatten. Bald sollten wir es wissen. Vor uns war die verriegelte Tür, und hinter ihr lag die Antwort auf unsere Frage.

Langsam, verzweifelt langsam, so schien es uns, wurden die Werkstücke aus dem Gang fortgeschafft, die das untere Ende der Tür verriegelten, bis wir schließlich die ganze Tür frei vor uns hatten. Der entscheidende Augenblick war gekommen. Mit zitternden Händen machte ich eine kleine Öffnung in der linken oberen Ecke. Dunkelheit und Leere zeigten, soweit eine hindurchgehende Öffnung reichen konnte, daß das, was auch hinter der Tür lag, leer und nicht wie der eben ausgeräumte Gang angefüllt war. Lichtproben wurden aus Vorsicht gegen möglicherweise vorhandene giftige Gase angewandt, dann erweiterte ich das Loch, führte eine Kerze hindurch und spähte hinein. Während Lord Carnarvon, Lady Evelyn und Callender neben mir standen, begierig, den Urteilspruch zu hören.

Zuerst konnte ich nichts sehen, da die aus der Kammer entweichende heiße Luft das Licht der Kerze zum Flackern brachte. Als meine Augen sich aber an das Licht gewöhnten, tauchten bald Einzelheiten im Innern der Kammer aus dem Nebel auf, seltsame Tiere, Statuen und Gold — überall glänzendes, schimmerndes Gold! Für den Augenblick — den andern, die neben mir standen, muß es wie eine Erleuchtung erschienen sein — war ich vor Verwunderung stumm. Als Lord Carnarvon die Ungewißheit nicht länger ertragen konnte und ängstlich fragte: „Können Sie etwas sehen?“ war alles, was ich herausbringen konnte: „Ja, wunderbare Dinge!“ Dann erweiterten wir das Loch, so daß wir beide hindurchsehen konnten, und führten eine elektrische Lampe ein.

Sicher hatte man nie vorher in der ganzen Geschichte von Ausgrabungen so Wunderbares gesehen, wie uns jetzt das Licht unserer elektrischen Lampe enthüllte. Der Besucher nannte sich vorstellend, wie diese Dinge uns erschienen, als wir

von unserem Guckloch in dem zugemauerten Eingang auf sie hinabschauten und den Lichtstrahl unserer Lampe — das erste Licht, das seit 3000 Jahren die Dunkelheit der Kammer durchdrang — von einer Gruppe zur anderen wandern ließen mit dem vergeblichen Versuch, uns den Schatz zu deuten, der vor uns lag. Die Wirkung war verwirrend, überwältigend. Wir hatten uns, glaube ich, nie genau überlegt, was zu sehen wir hoffen konnten; ebenfalls hatten wir uns nie von etwas ähnlichem träumen lassen, eine ganze Kammer — ein ganzes Museum, so schien es uns — voller Sachen, die teils bekannt, teils von einer Art, wie wir sie noch nie gesehen hatten, in scheinbar endlosem Ueberfluß aufeinander gehäuft waren.

Allmählich wurde das Bild klarer, und wir konnten einzelne Gegenstände unterscheiden. Da standen zuerst, uns gerade gegenüber — wir waren uns ihrer die ganze Zeit bewußt, konnten es aber nicht glauben — drei große vergoldete Bahnen, deren Seiten in der Form von Tierengeheuern geformt waren, mit merkwürdig abgeackelten Körpern, wie es für die Zwecke nötig war, denen sie dienten, aber mit Köpfen von erhabener Natürlichkeit. Tiere waren es, die einem zu jeder Zeit unbewußt vorkommen mußten; sie machten aber einen geradezu erschreckenden Eindruck, wie wir sie sahen, als unsere elektrische Lampe, gleich einem Blitzlicht, ihre glänzenden goldenen Oberflächen aus der Dunkelheit hervorzuheben, wobei ihre Körper auf die Wand dahinter ungewöhnlich verzerrte Schatten warfen. Dann erwiderten und fehlten rechts davon zwei Standbilder unsere Aufmerksamkeit: zwei lebensgroße Statuen des Königs in Schwarz, die sich wie Schildwachen gegenüberstanden, mit goldenem Schurz, goldenen Sandalen, mit Keule und Stab und mit der schirmenden heiligen Schlange an ihrer Stirn.

Das waren die Hauptgegenstände, die uns zuerst in die Augen fielen. Zwischen ihnen, um sie herum, oben darauf gehäuft, waren zahllose andere: außerordentlich schön bemalte und eingelebte Kästen; Alabastervasen, einige davon in durchbrochenen Mustern schön geschnitten; teils

jame schwarze Scherene, aus deren einem eine große, goldene Schlange zur aufsteigenden Tür herauskroch; Sträuße aus Blumen oder Blüten; Becken; schön geschnitzte Sessel; ein gold-eingelegter Thronstuhl; ein Hausen merkwürdiger, weißer eisförmiger Behälter; Stäbe in allen Formen und Mäßen; unsere Augen an nächsten auf der Schwelle der Kammer ein schöner Sockel in Lotusform aus durchsichtigem Alabaster; zur Linken ein wirrer Haufen unmaßstäblicher Bausteine, die von Gold und Edelsteinen glänzten, und hinter ihnen hervorhübend eine andere Königstatue.

Das waren einige der Gegenstände, die vor uns lagen. Ob wir sie damals alle gleich bemerkten, kann ich nicht mit Gewißheit sagen, da wir zu erregt und verwirrt waren, um alles genau vorzeichnen zu können. Jetzt kam uns in all unserer Bestürzung plötzlich der Gedanke, daß sich in diesem ganzen Gemisch von Gegenständen vor uns weder ein Satz noch die Spur einer Mumie befand, und die merkwürdige Frage ob Grab oder Versteck, hing vor neuem an uns zu beunruhigen. Mit dieser Frage vor Augen, prüften wir nochmals den Schatzplatz vor uns und bemerkten zum erstenmal, daß zur Rechten zwischen den beiden schwarzen, Wache haltenden Figuren noch eine verriegelte Tür vorhanden war. Allmählich wurde es uns klar: wir fanden erst an der Schwelle unserer Entdeckung! Was wir sahen, war nur eine Vorkammer. Dort hinter der verriegelten Tür mußten sich noch andere Kammern, möglicherweise eine ganze Reihe von Kammern, befinden, und in einer von ihnen, das fand außer allem Zweifel, würden wir den Pharaon mit seiner ganzen prunkvollen Totenausrüstung finden.

Wir hatten genug gesehen, und in unseren Köpfen begann sich alles zu drehen bei dem Gedanken an die Aufgabe, die uns erwartete. Wir verstopften das Loch wieder, schloßen das Polster ab, das vor dem ersten Durchgang angebracht war, ließen unsere Eingetragenen zur Wache zurück, bestiegen unsere Treppe und schloßen am uns in Gedanken verlusten das „Tal“ hinter uns heim.

Die Befahrungskosten.

Die Antwort des Reichsfinanzministeriums auf die denationalisierte Anfrage über die Höhe der Befahrungskosten, wird jetzt im Wortlaut veröffentlicht. Ueber die Höhe der deutschen Leistungen für die Befahrungsmächte ergibt sich daraus im einzelnen folgendes:

- 1. Die sogenannten inneren Befahrungskosten betragen bis Ende 1922 insgesamt 911,3 Millionen Gm. im Kalenderjahr 1923 118,1 Millionen Goldmark zusammen 1929,7 Millionen Goldmark. Davon entfällt in der Zeit vom 1. Oktober 1918 bis Ende 1922 a) auf das altbesetzte Gebiet 895,1 Millionen Goldmark, b) auf das Sanktionsgebiet 16,2 Millionen Goldmark, zusammen 911,3 Millionen Goldmark. Im Kalenderjahr 1923: a) auf das altbesetzte Gebiet 364,4 Millionen Goldmark, b) auf das Sanktionsgebiet und das neubefetzte Gebiet (Austreibungsgebiet) 54,0 Millionen Goldmark, zusammen 418,4 Millionen Goldmark.

2. Die sogenannten äußeren Befahrungskosten, die Deutschland auf Reparationskonto belastet werden, belaufen sich daneben vom Waffenstillstand bis Ende 1922 auf 3520,4 Millionen Goldmark.

Im Kalenderjahr 1923 (da amtliche Mitteilungen darüber noch fehlen, geschätzt) auf 264,0 Millionen Goldmark.

Zusammen 3784,4 Millionen Goldmark. Die Alliierten haben sich in den Jahren 1922 und 1923 an den im sogenannten Finanzministerabkommen vom 11. März 1922 vereinbarten Höchstbetrag der Befahrungskosten von 220 Millionen Goldmark nicht gehalten.

Marzvorwürfe

wird im einzelnen noch mitgeteilt: Die Höhe der monatlich an die Befahrungsmächte bezahlten Marzvorwürfe beträgt zurzeit rund 7 Millionen Goldmark. Ein Verwendungsschema weist für die gezahlten Marzbeiträge von den Empfängern nicht geliefert. Die Rechnungslegung erfolgt in der Weise, daß von den Marzvorwürfen empfangenden alliierten Regierungen die von Deutschland gezahlten Beiträge der Reparationskommission mitgeteilt und von dieser auf die Befahrungskostenrechnung Deutschlands gutgeschrieben werden. Die Höhe des gutgeschriebenen Betrags (in Goldmark) wurden bisher von Zeit zu Zeit der deutschen Regierung mitgeteilt. Zur Kontrolle wird der Reparationskommission durch Vermittlung der Deutschen Kriegsklagenkommission allmonatlich der an die einzelnen Befahrungsmächte gezahlte Marzvorwurfsbetrag auch deutscherseits mitgeteilt. Da die Marzvorwürfe nicht auch für Zwecke des Sanktionsgebietes oder des neubefetzten Gebietes Verwendung finden, ist nicht kontrollierbar.

Seit Januar 1923 haben Befahrungsmächte von öffentlichen und privaten Geldern durch die Eingriffsmächte als Ersatz für die seit Januar 1923 eingestellten Marzvorwurfszahlungen hunderttausend, in etwa 370 Fällen in Höhe von insgesamt schätzungsweise 50 Millionen Goldmark. Die aus anderen Anlässen (z. B. Einziehung von Zollstrafen, Kontributionen aus Anlaß von Sabotageakten usw.) beschlagnahmten Summen sind hierin nicht enthalten.

Es ist richtig, daß die Wiederaufnahme der Befahrungsmächte angebroht worden ist, wenn Deutschland die Bezahlung der Marzvorwürfe wieder einstellen sollte. Den Anforderungen von Marzvorwürfen wird das in dem sogenannten Finanzministerabkommen vom 11. März 1922 unter den Alliierten vereinbarte Truppenkontingent von 19.300 Köpfen für die belagerte Armee und 90.400 Köpfen für die französische Armee zugrunde gelegt.

Es wurden bisher jährlich Verpflegung- und Futtermittel an die Be-

fahrung geliefert (davon der Hauptteil für die Sportplätze usw.) für das alt- und neubefetzte Tonnen Heu, 28.000 Tonnen Stroh, 10.000 Tonnen Kartoffeln, 1350 Tonnen Zucker, 800 Tonnen Salz, 6650 Tonnen Melassefuttermittel, 4750 Tonnen Futtermehre, 17.800 Tonnen Weizen.

Die Regierung verlangt für den Transport dieser für die Befahrungstruppen bestimmten Verpflegung- und Futtermittel, wie überhaupt für alle auch aus anderen Anlässen notwendig werdenden Bahntransporte, Bezahlung der Frachtkosten in „Regiefranken“.

Welche Anforderungen an militärische Anlagen Bauten usw. (Kasernen, Flugplätze, Truppenübungs- und Schießplätze, Sportplätze usw.) für das alt- und neubefetzte Gebiet bisher gestellt wurden, ist in der schon erwähnten dritten Denkschrift über die Befahrungskosten zusammengestellt. Die Aufwendungen für diese Zwecke seit dem 1. Oktober 1923 belaufen sich a) für das altbesetzte Gebiet auf 29,2 Millionen Goldmark, b) für das neubefetzte Gebiet auf 212.600 Goldmark.

Für das neubefetzte (Austreibungs-) Gebiet liegen zurzeit noch weitere Anforderungen in Höhe von 25,4 Millionen Goldmark vor. Die Belastung des Reiches aus Erkenntnis von Requisitionen und aus sonstigen Entschädigungen für den Unterhalt für die Befahrungstruppen an die Kommunen oder die Bevölkerung beläuft sich im Kalenderjahr 1923 im altbesetzten Gebiet auf 52,8 Millionen Goldmark, im neubefetzten Gebiet auf 41,9 Millionen Goldmark.

Badische Politik

Der Wahlaufbruch der Zentrumspartei.

Das Zentrum hat seinen Wahlaufbruch erlassen. Es betont darin u. a.:

„Der Weg zur inneren Ordnung und äußeren Freiheit ist hart und dornenreich. Unser Volk ist ihm unter Not und Entbehrungen heldenmütig geschritten. Unser Schicksal verlangt, daß wir ihn weitergehen. Alle diesjährigen halb der Verantwortung blieben, haben mit ihren Angriffen und aufreizenden Schlagworten keinen anderen Weg zu zeigen vermocht.“

Die Lebenszeit unseres Volkes ist noch nicht vorüber. Noch ringen wir mit der öffentlichen Meinung der Welt um ein gerechtes Verhalten und Anwendung des Veralteten Friedensvertrages. Noch stehen wir vor unerfüllbaren Verpflichtungen und untragbaren Lasten. Hier eine Lösung zu finden ohne Preisgabe von Ehre, Recht und Freiheit, ist die alles überragende Aufgabe der deutschen Politik.“

Der Aufbruch spricht dann über die Stellung des Zentrums zu den Bevölkerungsgruppen: „Es sei der Satz herausgehoben: Wir bleiben rücksichtslos Gegner sowohl des sozialistischen Materialismus und seiner unmöglichen Ziele wie des neubebüßlichen Mammonismus.“

Bemerkenswert ist folgende Stelle des Wahlaufsatzes: „Die Zentrumspartei will die deutsche Volksgemeinschaft. Wir haben bewußt keine alle trennenden Unterabteilungen, die unser Volk zerklüften. Wir wehren uns gegen eine neue Spaltung, hervorgerufen durch die sogenannte „neugermanische“ Geisteswelt, die unser Volk verwirrt. Die Nation in all ihren gesunden Kräften, in allen Ständen und Ständen zusammenzufassen und ihren Blick über die schmerzlichen Verluste hinweg auf ein klares, besonnenes, verantwortungsbewusstes politisches Handeln hinzulenken, ist unser Ziel.“

Aus Baden

Verband badischer Gemeinden.

Kürzlich fand in Pforzheim eine Versammlung der Gemeindevertreter des Bezirks Pforzheim statt. Die sehr gut besuchte Versammlung wurde von dem Vorsitzenden der Bezirksgruppe Pforzheim, Bürgermeister Kling-Niesern, eröffnet.

Nach einer herzlichen Begrüßungsansprache erteilte er dem Referenten Altbürgermeister Jullier aus Ringolsheim, dem ersten Vorsitzenden des Verband, Bad. Gemeinden (Landgemein-

denverband) das Wort. Dieser begrüßte zunächst die Versammlung und sagte u. a.: Wenn man sieht, wie die Städte geschlossen vorgehen und überall bei den Ministerien offene Türen finden, ist es von größter Wichtigkeit, daß auch die Landgemeinden diesem Beispiele folgen. Bei der heutigen schlechten Wirtschaftslage und durch Kämpfe aller Art ist es den Vertretern des Landtages nicht immer möglich, die Interessen der Gemeinden so zu vertreten wie es sein sollte.

Weitere Ursache ist auch darin zu suchen, daß die Verhältnisse der Landgemeinden diesen nicht immer genügend bekannt sind. Der Verband muß deshalb mit verstärkter Tätigkeit hervortreten. Der Vorwurf, daß der Verband Beamteninteressen vertrete, muß zurückgewiesen werden, da er als Ausgleich geschaffen wurde und so den Beamtenverbänden als Arbeitgeberverband gegenübersteht. Das Zusammenarbeiten in der Gemeinde, die Verhältnisse der einzelnen Korporationen untereinander und die Aufgaben derselben dürfen nur auf das Gemeinwohl eingestrichelt sein. Das im Vollzug des Landesgesetzes erlassene badische Steuerergesetz hat auf das Einwirken des Verbandes die Übernahme der persönlichen Volksschulden auf die Staatskasse gebracht.

An Hand von Unterlagen hat der Verband seinerzeit nachgewiesen, daß die Aufbringung dieser Lasten in Gemeinden unmöglich ist. Eine gerechte Verteilung aus dem Lastenausgleichsstock hat der Verband jederzeit angestrebt und nicht ohne Erfolg. Die Abaufgabe und die Verlegung der Grundbuchämter nach den Amtsgerichten, sowie die teilweise Aufhebung der Bezirksämter wird nach der Ansicht des Verbandes sich in das Gegenteil dessen auswirken, was damit regierungsseitig bezweckt werden will. Gerade die Verlegung der Grundbuchämter nach den Amtsgerichten fordert von der Bevölkerung des platten Landes die größte Aufmerksamkeit. Es ist nicht so ohne weiteres angängig, daß das Land Baden in dieser Angelegenheit auf einmal nach preußischem oder hessischem Muster verfahren werden soll. Die Grundstücke in diesen Staaten sind bei weitem nicht in so kleine Parzellen eingeteilt wie bei uns. Eine weitere Benachteiligung des platten Landes wäre auch die von der Gebäudeversicherungsanstalt angestrebte Einführung der Gefahrenklassen bei der Gebäudeversicherung. Das muß auf das entschiedene zurückgewiesen werden, da die Landbewohner durch die Einstufung in höchste Gefahrenklassen am schwersten belastet würden. Wenn auf dem Lande auch mehr Brandfälle vorkommen als in den Städten, so ist doch statistisch nachgewiesen, daß der Aufwand der Gebäudeversicherungsanstalt für die Städte und größere Gebäude größer ist.

Die Kreisreorganisation muß eine andere, die Verwaltung einfacher werden. Die Vertretung sollte nicht nur nach politischen Gesichtspunkten, wie diese 1919 aufgestellt ist, zusammengesetzt sein. Das Land ist dabei oft nur schwach vertreten, die Gemeinden sind so gut wie ausgeschlossen. Die Zusammensetzung des Kreisrates sollte nach der Bezeichnung des Beitrags zur Unterhaltung der Kreisstraßen, Wege usw. erfolgen, d. h. die Gemeinden müßten als solche im Ausschuss vertreten sein.

Bürgermeister Kling-Niesern eröffnete die Aussprache, von der lebhaft Gebrauch gemacht wurde, und in der die Aufforderung an den Verband zum schärfsten Protest gegen die geplanten rücksichtslosen Abbaumaßnahmen verlangt wurde.

Minheim, 18. März. Die im Jahre 1918 hier ins Leben gerufene landwirtschaftliche Ein- und Verkaufsgenossenschaft e. G. m. b. H. berief auf letzten Sonntag ihre diesjährige ordentliche Generalversammlung ein. Der erste Vorsitzende Fuchs eröffnete die Tagung. Anschließend gab der Vorsitzende des Aufsichtsrats Erb, Schriftführer Lehle, Rechnungsführer und der erste Vorsitzende Fuchs an Hand von Berichten, Protokollen über zahlreiche Sitzungen, Bilanz und Statistik den Mitgliedern bereites Zeugnis über die umfangreiche Tätigkeit der Gesamtverwaltung, hauptsächlich in

der Zeit der Inflation, die die Genossenschaft dank ihrer umsichtigen Leitung gut überstanden hat. Die Mitglieder würdigten diese Tätigkeit und erteilten einstimmige Entlastung. Der auscheidende erste Vorsitzende Fuchs wurde einstimmig wieder gewählt, ebenso das auscheidende Aufsichtsratsmitglied Oberhardt. Die Neubesetzung der Geschäftsstelle und Kassamann bildete den Gegenstand eingehender Erörterungen. In ausführlicher Weise schilderte hierbei der stellvertretende Verbandsdirektor Hofmann vom Verband bad. landw. Genossenschaften Karlsruhe die Wichtigkeit der Geschäftsstelle und Kassamann für die Ortsgenossenschaft. Der Geschäftsanteil wurde sodann auf 50 Goldmark und die Kassasumme auf 300 Goldmark pro Mitglied einstimmig festgesetzt. Dem Schluß der Tagung bildete die Besprechung verschiedener interner Angelegenheiten.

Mannheim, 18. März. Der 31-jährige Maschinenhausarbeiter Otto Brenner aus Wiesental bei Bruchsal wurde von einer Lokomotive gerammt, daß alsbald der Tod eintrat. — In Ludwigschafen wurde der Zimmermann August Frank von Mundenheim von einem Falschflug erfaßt und überfahren. Er erlag seinen schweren Verletzungen.

Reutlingen i. Schw., 18. März. In dem bekannten Winterportplatz Hintergarten lernte dieser Winter ein älteres Fräulein einen Kurgast kennen, der sich als Dr. med. von Lorenz, Stabsarzt a. D. ausgab. Die Dame sagte Zutrauen zu dem adeligen Doktor. — In Ludwigschafen wurde der Polizeikommissar Franz Schmitt von einem Unfall betroffen. Er erlitt eine Verletzung, die ihn in den Tod führte. — In Ludwigschafen wurde der Polizeikommissar Franz Schmitt von einem Unfall betroffen. Er erlitt eine Verletzung, die ihn in den Tod führte.

Reutlingen a. d. Obi., 17. März. Die hiesige St. Marienkirche erhält demnächst eine Gedendetafel, die die Katechumenen der Reformierten Kirche der Vereinigten Staaten Nordamerikas dem Andenken des Mitverfassers des Heidelberger Katechismus Johannis Urzinas gewidmet haben. Urzinas war als Professor der Theologie in Heidelberg tätig und hat im Jahre 1578 eine Lehrstühle zu Reutlingen a. d. Obi. inne gehabt. Die Gedendetafel ist von dem Bildhauer J. W. Steger gefertigt und zeigt das Bildnis der Reformators Urzinas, umrahmt von Ornamenten und Wappen.

Kaiserslautern, 17. März. Bei Felsensprengungen, die zum Zweck eines Hausbaues in Niederbrunn (an der Straße nach Wersheimer) vorgenommen wurden, kamen mehrere Urnen zum Vorschein, die Bronzegegenstände enthielten. Die Urnen dürften aus germanischer Frühzeit entstammen.

Ludwigschafen, 17. März. Gestern abend wurde in der Maubacherstraße der Zimmermann August Frank von Mundenheim von einem Falschflug erfaßt und ihm beide Beine abgefahren. Nach seiner Entlassung in das Krankenhaus verstarb der Bedauernswerte, ohne Wiedererlangung des Bewußtseins. Wie sich das Unglück zugefallen hat, konnte bis jetzt noch nicht festgestellt werden.

Speyer, 17. März. Von der wirtschaftlichen und sozialwissenschaftlichen Fakultät Frankfurt a. M. wurde der Diplomatiker H. Siegel von hier auf Grund seiner besonderen für Speyer aktuellen Arbeit „Das Kaufhaus der Freien Reichsstadt Speyer, ein Beitrag zur Handels- und Wirtschaftsgeschichte der Stadt Speyer“ zum Doktor der Staatswissenschaften promoviert.

Theater und Kunst

Uraufführung in Wiesbaden. Im Kleinen Haus des Wiesbadener Staatstheaters kamen die beiden Dramen „Beate“ und „Kettung“ von Hermann Kesser zur Uraufführung. Ein ernst Ringender, ein Schaffender, der fern aller Tagesmode steht und, unberührt von erfolgshungrigen Erwägungen, seinen ihm von seiner Begabung vorschriebenen Weg verfolgt, ist der in der Schwere lebende Dichter. Man wird bei ihm vergeblich lautes, errötet sich schließendes Trödeln suchen, man findet in seinen Werken nichts von den frampfhaften Forderungen eines Menschen, der unter allen Umständen aufstehen will. In schon geformten, tief durchdachten Sätzen formt er seine dichterischen Gedichte, lüftet er die Probleme der Lösung näher zu bringen, die sich ihm aufdrängen. Den Inhalt seiner beiden Stücke, die innerlich mit einander verbunden sind, in Worte zu fassen, fällt nicht leicht. Wer unvorbereitet den Abend besucht, wird nicht ohne Schwierigkeiten in das Gewebe der Handlung eingedrungen sein. Die Fiktion eines Mannes aus seiner Vergangenheit, sein Zusammenstoßen mit der Frau, die ihn einst liebte und an seinem Unverstandnis teilhaftig und freilich zerbrochen, und das Niederbrechen des Mannes, da er den Wahnsinn (es ist ein gnädiger Wahnsinn, etwa wie wir ihn von Böcklin her kennen) der Geliebten erkennt, dies etwa ist das Handlungsgeschehen der Beate.

„Kettung“ stellt einen Ingenieur in den Mittelpunkt der Handlung, eine Kraftnatur, die ein selbständiges, technisches Wunderwerk plant und die Gestaltung der Pläne selbst unterbindet, da sie erkannt, wie Spekulant und andere geldgierige Gestalten das Ideal Gedächtnis in den Stumpf niederer Profitlust herabzusetzen sich bemühen. Den Ingenieur, der sich als überheblicher Meister bei dem Ingenieur einführt, in Wirklichkeit aber nur gekommen ist, um ihm zu unvollständigen Maschinen zu verleiten, wirkt der Kraftmensch vor die Tür. Vor der Gefahr, nun das und Gut und selbst den Kopf an die Be-

zu verlieren, erschrickt der Tapfere, sein Weib und seine Kinder nicht. Sie werden ein neues Leben beginnen und bringen zu diesem Vorhaben mit, was ihnen seiner rauben kann: einen klaren, mit genialen Plänen erfüllten Kopf und arbeitswillige, fruchtbarste Arme und Hände. Mit diesem tröstlichen Ausblick schließt das Stück, das in seiner Abweisung der latenten Gräueltat und in seiner Herrschaft über das ideal verankerten, emporstrebenden Talententzückung des Dichters Kesser auf zu begrüßenden Pfaden steht.

Dr. Wolff von Gordon hatte die beiden Dramen in ungewein reizvoller Weise zu szenischem Leben erweckt; neben dem Dichter und den Hauptdarstellern wurde auch er gefeiert.

Dans Göttern.

Kunst und Wissenschaft

Kunsthalle Mannheim. Ausstellung badischer Aquarellisten.

Anlässlich des am 1. März begangenen Profestest hat die Kunsthalle zu Mannheim eine auf vier Räume verteilte Ausstellung von Aquarellen badischer Künstler veranstaltet. Zunächst ist nur eine Ausstellung der jüngeren Künstler vorzuziehen gewesen. Im letzten Augenblick wurde noch ein ganzes Kabinett mit Aquarellen von Hans Thoma beigebracht. Dadurch erhielt die Ausstellung eine Stütze von rühmlicher und vorbildlicher Bedeutung. Thoma bietet in den 14 schauerlichen Kabinettstücken — alle aus Frankfurter Privatbesitz — Muster- und Meisterleistungen auf aquarallem und landschaftlichem Gebiet. Die leuchtende und unmittelbare Technik der Wasserfarben gibt ihm Gelegenheit, sich leicht und frei auszudrücken. So bietet er neben verantwortungsvollem Ernst auch fröhlich humorvolle Blätter und erweist sich als der Meister, der seine Stoffe und seine Technik in jeder Weise beherrsicht.

Die in den 3 gegenüberliegenden Sälen ausstellende jüngere Generation buldigt — ohne

Ausnahme — mehr oder minder der modernen Ausdrucksform, dem Expressionismus. Eine wahre Musterkarte der modernen Problematik tritt in farbenfreudigster Freiheit entgegen, wenn der Blick auf diese bunten Tafelreihen fällt. Diese Farbenfreudigkeit ist das Positive der ganzen Leistung gegenüber dem Negativen der Form- und Raumverwahrlosung, die auf den meisten Tafeln zum Ausdruck kommt. Eine kleine Schar von Künstlern hält noch an der älteren Bildgestaltung fest. Die stimmungsvollen, dunkelblauen Bernauer Landschaften von Ad. Hildebrand (Pforzheim), die hellkarnten und noch ins Märchenhafte spielenden Landschaften von G. Wolf (Karlsruhe), die ins Monumentale gehenden Aquarelle von G. Schri (Karlsruhe) und die zum Teil rein malerisch, aber auch noch stark zeichnerisch behandelten Blätter von A. Pauzen, sowie die stark auf Degas Schultern stehenden Tänzerinnen von R. Stöhrer (Mannheim) und die Landschaften von W. Derfel (Mannheim), zeigen noch formale und räumliche Haltung. Die meisten der anderen Aussteller aus Konstanz, Freiburg, Heidelberg, Karlsruhe und Mannheim gefallen sich im „farbigen Abgang“ ohne daß dieser das ganze Leben der Kunst hat. Rein technisch gesprochen ist es ein leichtes und billiges Vergnügen mit ungebundenen Farben, wie blau, rot und grün eine Fläche anzufüllen. Kommt nicht gefaltender und ordnender Künstler hinzu, der die Kontrastwirkung der Farben und das farbige Mischel aus dem Chaos zu einer Idee oder Ordnung stellt, so fehlt den Arbeiten der künstlerischen Erlöse. Sie werden spielerisch, verpielt, artifiziell. Dieses kindliche Verpieltsein beginnt schon dort, wo eine künstlerische Manier zu Neubildungen mißbraucht wird, z. B. der Pointillismus. Ein großer Teil der Aquarellausstellung drängt zu der Schlussfolgerung, daß das „Prinzip des Malerischen“, das um koloristischen führen sollte, auf den Abweg des Bunten, Chaotischen abführt hat.

Ein Goethekuriosum. „Natur! Wir sind von ihr umgeben und umschlungen — unvermeidlich, aus ihr herauszutreten, und unvermeidlich, tiefer in sie hineinzukommen. Angebeten und un-

gewarnt nimmt sie uns in den Kreislauf ihres Tanzes auf und treibt sich mit uns fort, bis wir ermüdet sind und ihrem Arme entsinken.“ So beginnt der „merkmalreiche naturphilosophische Aufsatz“, den Goethe unter dem Titel: „Die Natur. Aphoristisch. Um das Jahr 1780“ der letzten Gesamtausgabe seiner Werke einverleibt (1830 Bd. 50, 3-7). Erhielten wir der Prof. h. Journal 1782/83, anonym wie die anderen Beiträge der Zeitschrift. Schon damals stand die Arbeit im Verdacht Goethe'scher Vaterschaft. Aber Goethe selbst bestritt sie im März 1783 Nebel gegenüber; er verrät indessen den nahen Verfasser nicht. Von plauderte kurz darauf Fran v. Stein aus, die einzige Einweisung: „Goethe ist nicht der Verfasser von dem tadelnswürdigen Aufsatz über die Natur. Es ist vom Fobler“ (an Nebel, 28. 3. 83). Und 1787 druckt Bernhard Dürer in seinem Funkenbilde ein Zitat aus dem Natur-Fragment unter dem Namen Christoph Toblers ab. Diese Zeugnisse lassen zwar kaum mehr Zweifel an der Autorschaft des Schweizer Georg Christoph Tobler, aber die Tatsache, daß Goethe sie sich selbst, nicht ohne Bedenken, in verändelter Verantwortlichkeit des nahezu 40-jährigen Zuschrieb, ist eine ganze Literatur über diese Frage entfallen. Alle Zweifel hat jetzt Heinrich Kunz in seinem gehaltreichen, unterhaltenden biographischen Beitrag zu „Georg Christoph Tobler“ zertrümmert: „Türlicher Taschenbuch für das Jahr 1924. Er bestränkt sich aber erfreulicherweise nicht auf die literaturgeschichtliche Kontroverie, die er mit der Sammlung aller bekannten und neu gewonnenen Zeugnisse endgültig erledigt, sondern gibt ein lebensvolles Bild dieses hochbegabten, von den Weimarer und Lavater geliebten und geschätzten Schweizer, der als Universalgenie in seiner Jugend viel versprach und in späteren Jahren als Dorfpfarrer diese Erwartungen nach schönen Anängen und reichem Erleben täuschte. Er war nach dem Urteil eines Zeitgenossen ein Ingenium praecox, das früh zur Reife ging. R. Pr.

Reutlingen a. d. Obi., 17. März. Die hiesige St. Marienkirche erhält demnächst eine Gedendetafel, die die Katechumenen der Reformierten Kirche der Vereinigten Staaten Nordamerikas dem Andenken des Mitverfassers des Heidelberger Katechismus Johannis Urzinas gewidmet haben. Urzinas war als Professor der Theologie in Heidelberg tätig und hat im Jahre 1578 eine Lehrstühle zu Reutlingen a. d. Obi. inne gehabt. Die Gedendetafel ist von dem Bildhauer J. W. Steger gefertigt und zeigt das Bildnis der Reformators Urzinas, umrahmt von Ornamenten und Wappen.

Kaiserslautern, 17. März. Bei Felsensprengungen, die zum Zweck eines Hausbaues in Niederbrunn (an der Straße nach Wersheimer) vorgenommen wurden, kamen mehrere Urnen zum Vorschein, die Bronzegegenstände enthielten. Die Urnen dürften aus germanischer Frühzeit entstammen.

Ludwigschafen, 17. März. Gestern abend wurde in der Maubacherstraße der Zimmermann August Frank von Mundenheim von einem Falschflug erfaßt und ihm beide Beine abgefahren. Nach seiner Entlassung in das Krankenhaus verstarb der Bedauernswerte, ohne Wiedererlangung des Bewußtseins. Wie sich das Unglück zugefallen hat, konnte bis jetzt noch nicht festgestellt werden.

Speyer, 17. März. Von der wirtschaftlichen und sozialwissenschaftlichen Fakultät Frankfurt a. M. wurde der Diplomatiker H. Siegel von hier auf Grund seiner besonderen für Speyer aktuellen Arbeit „Das Kaufhaus der Freien Reichsstadt Speyer, ein Beitrag zur Handels- und Wirtschaftsgeschichte der Stadt Speyer“ zum Doktor der Staatswissenschaften promoviert.

Reutlingen a. d. Obi., 17. März. Die hiesige St. Marienkirche erhält demnächst eine Gedendetafel, die die Katechumenen der Reformierten Kirche der Vereinigten Staaten Nordamerikas dem Andenken des Mitverfassers des Heidelberger Katechismus Johannis Urzinas gewidmet haben. Urzinas war als Professor der Theologie in Heidelberg tätig und hat im Jahre 1578 eine Lehrstühle zu Reutlingen a. d. Obi. inne gehabt. Die Gedendetafel ist von dem Bildhauer J. W. Steger gefertigt und zeigt das Bildnis der Reformators Urzinas, umrahmt von Ornamenten und Wappen.

Kaiserslautern, 17. März. Bei Felsensprengungen, die zum Zweck eines Hausbaues in Niederbrunn (an der Straße nach Wersheimer) vorgenommen wurden, kamen mehrere Urnen zum Vorschein, die Bronzegegenstände enthielten. Die Urnen dürften aus germanischer Frühzeit entstammen.

Ludwigschafen, 17. März. Gestern abend wurde in der Maubacherstraße der Zimmermann August Frank von Mundenheim von einem Falschflug erfaßt und ihm beide Beine abgefahren. Nach seiner Entlassung in das Krankenhaus verstarb der Bedauernswerte, ohne Wiedererlangung des Bewußtseins. Wie sich das Unglück zugefallen hat, konnte bis jetzt noch nicht festgestellt werden.

Speyer, 17. März. Von der wirtschaftlichen und sozialwissenschaftlichen Fakultät Frankfurt a. M. wurde der Diplomatiker H. Siegel von hier auf Grund seiner besonderen für Speyer aktuellen Arbeit „Das Kaufhaus der Freien Reichsstadt Speyer, ein Beitrag zur Handels- und Wirtschaftsgeschichte der Stadt Speyer“ zum Doktor der Staatswissenschaften promoviert.

Reutlingen a. d. Obi., 17. März. Die hiesige St. Marienkirche erhält demnächst eine Gedendetafel, die die Katechumenen der Reformierten Kirche der Vereinigten Staaten Nordamerikas dem Andenken des Mitverfassers des Heidelberger Katechismus Johannis Urzinas gewidmet haben. Urzinas war als Professor der Theologie in Heidelberg tätig und hat im Jahre 1578 eine Lehrstühle zu Reutlingen a. d. Obi. inne gehabt. Die Gedendetafel ist von dem Bildhauer J. W. Steger gefertigt und zeigt das Bildnis der Reformators Urzinas, umrahmt von Ornamenten und Wappen.

Kaiserslautern, 17. März. Bei Felsensprengungen, die zum Zweck eines Hausbaues in Niederbrunn (an der Straße nach Wersheimer) vorgenommen wurden, kamen mehrere Urnen zum Vorschein, die Bronzegegenstände enthielten. Die Urnen dürften aus germanischer Frühzeit entstammen.

Ludwigschafen, 17. März. Gestern abend wurde in der Maubacherstraße der Zimmermann August Frank von Mundenheim von einem Falschflug erfaßt und ihm beide Beine abgefahren. Nach seiner Entlassung in das Krankenhaus verstarb der Bedauernswerte, ohne Wiedererlangung des Bewußtseins. Wie sich das Unglück zugefallen hat, konnte bis jetzt noch nicht festgestellt werden.

Speyer, 17. März. Von der wirtschaftlichen und sozialwissenschaftlichen Fakultät Frankfurt a. M. wurde der Diplomatiker H. Siegel von hier auf Grund seiner besonderen für Speyer aktuellen Arbeit „Das Kaufhaus der Freien Reichsstadt Speyer, ein Beitrag zur Handels- und Wirtschaftsgeschichte der Stadt Speyer“ zum Doktor der Staatswissenschaften promoviert.

